



Aktenzeichen: 216.1-1611/6/1

Datum/Unser Zeichen: 25. November 2025 / bj-rae

Aktennotiz zu Artikel 37 f. BEKJ

1 Einleitung

Das Bundesamt für Justiz (BJ) ist aktuell mit der Umsetzung des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 2024 über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ, [AS 2025 583](#), seit dem 1. Oktober 2025 teilweise publiziert in [SR 172.023](#)) beschäftigt. Im Rahmen dieser Umsetzungsarbeiten stellt sich unter anderem die Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit einer gestaffelten Inkraftsetzung des BEKJ beziehungsweise einer gestaffelten Anwendbarkeitserklärung für die Gerichte und die Verwaltungsbehörden des Bundes. Das BJ hat diese Frage untersucht. Die daraus resultierenden Erkenntnisse werden nachfolgend zusammengefasst.

2 Gestaffelte Inkraftsetzung des BEKJ

Artikel 38 Absatz 2 BEKJ steht weiteren Teilinkraftsetzungen des BEKJ vor dessen abschliessenden Inkraftsetzung (im Sinn von Art. 37 Abs. 1 BEKJ) nicht entgegen. Den Materialien zum BEKJ kann nicht entnommen werden, dass der Gesetzgeber die entsprechende Kompetenz des Bundesrats über den Wortlaut der Bestimmung hinaus einschränken wollte.

Weitere Teilinkraftsetzungen des BEKJ hätten zur Folge, dass sich die Einführung des sogenannten «Obligatoriums» (Pflicht zur Benutzung einer Plattform nach BEKJ für bestimmte Personengruppen) verzögern könnte, da für die entsprechenden Fristen nach Artikel 37 Absatz 1 BEKJ die abschliessende Inkraftsetzung das fristauslösende Ereignis darstellt. Dazu kommt, dass es kaum möglich ist, zuerst die Bestimmungen des VwVG für die Gerichtsverfahren und erst später diejenigen für die Verwaltungsverfahren des Bundes in Kraft zu setzen. Die Systematik des VwVG erlaubt dies nicht, da zahlreiche Bestimmungen des VwVG sowohl für die Verwaltungs- als auch für die Gerichtsverfahren gelten. Aus diesen Gründen sind weitere Teilinkraftsetzungen des BEKJ nicht angezeigt.

3 Gestaffelte Anwendbarkeitserklärung des BEKJ

Nach Artikel 37 Absatz 1 BEKJ legen die Kantone das Datum fest, ab dem die Verfahren über eine Plattform nach diesem Gesetz abgewickelt werden. Das Datum muss vor Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten der abschliessenden Inkraftsetzung liegen, frühestens aber ein Jahr nach diesem Zeitpunkt. Benutzerinnen und Benutzer können Eingaben ab Inkrafttreten der abschliessenden Inkraftsetzung über die Plattform einreichen. Die Kantone können dabei zwischen der Anwendbarkeit auf die Verfahren nach der ZPO und der StPO differenzieren (vgl. Abs. 3). Für Verfahren vor Behörden des Bundes legt der Bundesrat das entsprechende Datum fest (vgl. Abs. 4).

Damit hat der Gesetzgeber den Entscheid über die Anwendbarkeit des in Kraft gesetzten Rechts im BEKJ entgegen dem Regelfall (vgl. z.B. [Art. 126 AIG](#) [SR 142.20]) an die Kantone und den Bundesrat «delegiert». Die Auslegung von Artikel 37 Absatz 1 und 4 BEKJ ergibt, dass der Bundesrat die *Bestimmungen des VwVG in der Fassung (i.d.F.) des BEKJ gestaffelt*



(zuerst für die Gerichte des Bundes und erst später für die Verwaltungsverfahren sowie die verwaltungsinternen Beschwerdeverfahren des Bundes) *für anwendbar erklären kann*. Dies wird im Folgenden für die einzelnen Verfahren genauer dargelegt.

3.1 Gerichtsverfahren des Bundes

Artikel 37 Absatz 1 BEKJ liegt ein Konzept der gestaffelten Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs im Sinn des BEKJ zugrunde. Dabei können insbesondere die später dem Obligatorium unterstehenden Personen zuerst mindestens ein Jahr lang «probehalter» Eingaben über die Plattform machen, bevor sie anschliessend zur Benutzung der Plattform verpflichtet werden.

Entgegen dem Wortlaut von Absatz 1 gilt dieser auch für die Gerichte des Bundes. Die Auslegung der Norm zeigt, dass der Gesetzgeber alle vom Projekt Justitia 4.0 erfassten Verfahren, wozu auch die Gerichtsverfahren des Bundes gehören, gleich behandeln wollte. Für alle vom Projekt Justitia 4.0 erfassten Verfahren (der Kantone und des Bundes) ist ein Obligatorium vorgesehen (vgl. Art. 47a VwVG, Art. 38c BGG, Art. 128c ZPO und Art. 103c StPO, alle i.d.F. des BEKJ), weshalb die gestaffelte Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs im Sinn des BEKJ, wie sie Absatz 1 zugrunde liegt, für alle diese Verfahren zur Anwendung kommen soll. Dies hat zur Folge, dass der Bundesrat frühestens ein Jahr und spätestens fünf Jahre nach der abschliessenden Inkraftsetzung des BEKJ das Obligatorium für die Gerichtsverfahren des Bundes einzuführen hat. Dazu kommt, dass die Gerichte des Bundes ab der abschliessenden Inkraftsetzung des BEKJ über eine Plattform nach Artikel 3 f. BEKJ erreichbar sein müssen (Art. 37 Abs. 1 Satz 3 BEKJ). Eine Pflicht zur aktiven Kommunikation besteht jedoch noch nicht (vgl. BJ, Aktennotiz «Justitia 4.0 / BEKJ» vom 13. Oktober 2025, Ziff. 5.1).

3.2 Verwaltungsverfahren des Bundes

Das in Artikel 37 Absatz 1 BEKJ vorgesehene Konzept der gestaffelten Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs im Sinn des BEKJ passt für die Verwaltungsverfahren des Bundes nicht, da für diese kein Obligatorium für Privatpersonen vorgesehen ist (vgl. Art. 6b VwVG i.d.F. des BEKJ e contrario). Die Verwaltungsverfahren sind zudem auch nicht vom Projekt Justitia 4.0 erfasst. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Verwaltungsverfahren des Bundes nach dem Willen des Gesetzgebers nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 37 Absatz 1 BEKJ fallen. Aus diesem Grund müssen die Verwaltungsbehörden des Bundes ab der abschliessenden Inkraftsetzung des BEKJ auch noch nicht über eine Plattform erreichbar sein.

Insbesondere der Wortlaut von Artikel 37 Absatz 4 BEKJ deutet darauf hin, dass der Bundesrat zudem an keine Frist gebunden ist, innert welcher er das VwVG i.d.F. des BEKJ für die Verwaltungsverfahren des Bundes für anwendbar erklären muss. Im Gegensatz zu Absatz 1 ist hier keine Frist vorgesehen. Auch die Entstehungsgeschichte der Norm deutet in diese Richtung. So wurden entsprechende Fristen während der parlamentarischen Beratung zweimal aus dem BEKJ gestrichen. Aus teleologischer Sicht wäre jedoch zumindest die Einführung der Plattform nach Artikel 6a VwVG i.d.F. des BEKJ nach Ablauf der Frist von fünf Jahren rechtfertigungsbedürftig.

3.3 Verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren des Bundes

Für die verwaltungsinternen Beschwerdeverfahren des Bundes ist von einem differenzierten Willen des Gesetzgebers auszugehen. Da diese nicht-gerichtlichen Beschwerdeverfahren

vom Projekt Justitia 4.0 nicht erfasst waren, ist davon auszugehen, dass der Bundesrat wie bei den Verwaltungsverfahren des Bundes an keine Frist gebunden ist, inwieweit er das VwVG i.d.F. des BEKJ für sie für anwendbar erklären muss. Aus diesem Grund ist auch eine direkte Anwendung von Artikel 37 Absatz 1 Satz 3 BEKJ nicht angezeigt.

Der Bundesrat sollte jedoch analog zu Artikel 37 Absatz 1 BEKJ eine Übergangsfrist von mindestens einem Jahr vorsehen, in welchem Privatpersonen ihre Eingaben bereits über die Plattform nach Artikel 6a VwVG i.d.F. des BEKJ einreichen können, da für die verwaltungsinternen Beschwerdeverfahren später ebenfalls ein Obligatorium vorgesehen ist.

4 Mögliches Vorgehen

Nach dem Gesagten ist folgendes Vorgehen denkbar: Der Bundesrat beschliesst im Jahr 2026 die abschliessende Inkraftsetzung des BEKJ per 1. Januar 2027. Gleichzeitig legt er in geeigneter Form fest, dass das BEKJ ab diesem Datum für Gerichtsverfahren des Bundes angewendet wird, für die Verwaltungsverfahren sowie die verwaltungsinternen Beschwerdeverfahren des Bundes hingegen noch nicht. Ab dem 1. Januar 2027 ist damit das gesamte BEKJ in Kraft, auch sämtliche im Anhang des BEKJ aufgeführten Gesetzesbestimmungen. Zudem beginnen die Mindest- und die Maximalfristen der Kantone sowie des Bundesrats nach Artikel 37 Absatz 1 BEKJ für die Einführung des Obligatoriums zu laufen. Sowohl in den kantonalen Gerichtsverfahren als auch den Gerichtsverfahren des Bundes können ab diesem Zeitpunkt in Verfahren, die später für gewisse Personengruppen ein Obligatorium vorsehen, Eingaben über die Plattform nach Artikel 3 f. BEKJ gemacht werden. Weder die kantonalen Gerichte noch die Gerichte des Bundes müssen ab diesem Zeitpunkt aktiv über eine Plattform kommunizieren, noch müssen sie bereits ihre Akten elektronisch führen.

Spätestens nach fünf Jahren, also am 1. Januar 2032, müssen die Kantone und der Bundesrat aufgrund von Artikel 37 Absatz 1 BEKJ für die kantonalen Gerichtsverfahren und die Gerichtsverfahren des Bundes das Obligatorium einführen.



Référence : 216.1-1611/6/1

Date / Notre référence : 25 novembre 2025 / bj-rae

Note concernant les art. 37 s. LPCJ

1 Introduction

L'Office fédéral de la justice (OFJ) s'attelle actuellement à la mise en œuvre de la loi fédérale du 20 décembre 2024 sur les plateformes de communication électronique dans le domaine judiciaire (LPCJ, [RO 2025 583](#), partiellement en vigueur depuis le 1^{er} octobre 2025, [RS 172.023](#)). Dans le cadre de ses travaux, la question de l'admissibilité d'une entrée en vigueur échelonnée de la LPCJ ou d'une applicabilité échelonnée pour les tribunaux et les autorités administratives de la Confédération a été soulevée. L'OFJ a étudié la question ; ses conclusions sont résumées ci-dessous.

2 Entrée en vigueur échelonnée de la LPCJ

En application de l'art. 38, al. 2, LPCJ rien ne s'oppose à l'ajout de nouvelles étapes d'entrée en vigueur échelonnée de la LPCJ avant qu'elle n'entre en vigueur dans sa totalité (au sens de l'art. 37, al. 1, LPCJ). Aucun élément des travaux préparatoires relatifs à la LPCJ ne permet d'établir que le législateur entende restreindre la compétence du Conseil fédéral en la matière davantage que ce que prévoit la disposition.

Il convient de relever que si d'autres entrées en vigueur partielles de la LPCJ étaient prévues, le début de l'utilisation obligatoire d'une plateforme au sens de la LPCJ par certains groupes de personnes pourrait être retardé. En effet, c'est la date d'entrée en vigueur des dernières dispositions de la LPCJ qui est déterminante pour les délais fixés à l'art. 37, al. 1, LPCJ. À cela s'ajoute le fait qu'il n'est guère possible de faire entrer en vigueur dans un premier temps les dispositions de la loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (PA ; RS 172.021) applicables aux procédures judiciaires, et, dans un second temps seulement, celles applicables aux procédures administratives de la Confédération. Cela n'est pas possible en raison de la systématique de la PA parce qu'un grand nombre de dispositions s'appliquent à la fois aux procédures administratives et aux procédures judiciaires. L'OFJ conclut qu'il n'est pas indiqué de prévoir de nouvelles entrées en vigueur partielles de la LPCJ.

3 Applicabilité échelonnée des dispositions de la LPCJ

Conformément à l'art. 37, al. 1, LPCJ, chaque canton fixe la date à partir de laquelle les procédures doivent se dérouler sur une plateforme au sens de la loi. Il ne doit pas s'écouler plus de cinq ans entre l'entrée en vigueur des dernières dispositions de la loi et cette date ; la date fixée devant néanmoins se situer au plus tôt un an après l'entrée en vigueur des dernières dispositions. Les utilisateurs doivent pouvoir déposer des requêtes au moyen de la plateforme dès l'entrée en vigueur des dernières dispositions. Les cantons peuvent fixer des dates différentes pour les procédures régies par le code de procédure civile (CPC) et celles régies par le code de procédure pénale (CPP) (voir al. 3). En ce qui concerne les procédures menées devant les autorités de la Confédération, c'est le Conseil fédéral qui fixe la date à partir de laquelle les nouvelles dispositions s'appliquent (voir al. 4).



Contrairement aux règles usuelles (voir p. ex. [art. 126 LEI](#) [RS 142.20]), le législateur a « délégué » la décision concernant l'applicabilité des dispositions de la LPCJ aux cantons et au Conseil fédéral. L'interprétation de l'art. 37, al. 1 et 4 LPCJ permet de constater que le Conseil fédéral peut déclarer applicables de façon échelonnée les dispositions de la PA dans la version de la LPCJ (d'abord pour les tribunaux de la Confédération puis dans un second temps pour les procédures administratives et les procédures de recours internes à l'administration). Ce principe est expliqué ci-dessous pour chaque type de procédure.

3.1 Procédures judiciaires de la Confédération

L'art. 37, al. 1, LPCJ repose sur le principe d'une introduction échelonnée de la communication électronique dans le domaine judiciaire au sens de la LPCJ. Les personnes qui seront par la suite soumises à l'obligation peuvent ainsi, pendant au moins une année, tester la transmission électronique d'actes par l'intermédiaire de la plateforme avant d'être obligées de l'utiliser.

Malgré la formulation de l'al. 1, ce principe s'applique également aux tribunaux de la Confédération. L'interprétation de la norme permet d'établir que le législateur entendait traiter de la même manière toutes les procédures couvertes par le projet Justitia 4.0, y compris les procédures judiciaires de la Confédération. Une obligation de communiquer par voie électronique est prévue pour toutes les procédures couvertes par le projet Justitia 4.0 (cantonales et fédérales ; voir art. 47a PA, 38c LTF, 128c CPC et 103c CPP dans la version de la LPCJ). De ce fait, l'introduction échelonnée de la communication électronique dans le domaine judiciaire au sens de la LPCJ, prévue à l'art. 37, al. 1, doit s'appliquer à toutes ces procédures. Le Conseil fédéral doit donc prévoir que cette obligation s'appliquera aux procédures judiciaires de la Confédération au plus tôt un an et au plus tard cinq ans après l'entrée en vigueur des dernières dispositions de la LPCJ. À cela s'ajoute le fait que les tribunaux de la Confédération devront pouvoir être accessibles via une plateforme au sens des art. 3 s. LPCJ à partir de l'entrée en vigueur de ses dernières dispositions (art. 37, al. 1, 3e phrase, LPCJ). Ils n'auront alors pas encore l'obligation de communiquer activement via une plateforme (voir OFJ, note « Justitia 4.0 / LPCJ » du 13 octobre 2025, ch. 5.1).

3.2 Procédures administratives de la Confédération

Le principe d'introduction échelonnée de la communication électronique dans le domaine judiciaire fixé à l'art. 37, al. 1, LPCJ ne s'applique pas aux procédures administratives de la Confédération, parce que les personnes physiques ne sont pas tenues de communiquer par voie électronique dans ce contexte (voir art. 6b PA dans la version de la LPCJ, a contrario). Par ailleurs, le projet Justitia 4.0 ne couvre pas les procédures administratives. Il faut donc partir du principe que conformément à la volonté du législateur, les procédures administratives de la Confédération n'entrent pas dans le champ d'application de l'article 37, al. 1, LPCJ. Pour cette même raison, les autorités administratives de la Confédération ne seront pas non plus obligées d'être accessibles via une plateforme dès l'entrée en vigueur des dernières dispositions de la LPCJ.

La teneur de l'art. 37, al. 4, LPCJ en particulier suggère que le Conseil fédéral n'est pas tenu à un délai dans lequel il doit déclarer que la PA dans la version de la LPCJ s'applique aux procédures administratives de la Confédération. Contrairement à l'al. 1 de ce même article, l'al. 4 ne prévoit aucun délai. La genèse de la norme abonde en ce sens : lors des débats

parlementaires, les délais prévus ont été biffés à deux reprises. D'un point de vue téléologique, passé cinq ans, il faudrait au moins justifier pourquoi la plateforme au sens de l'art. 6a PA dans la version de la LPCJ n'a pas encore été mise en place.

3.3 Procédures de recours internes à l'administration

En ce qui concerne les procédures de recours internes à l'administration, le législateur semble avoir opté pour une approche différenciée. Comme ces procédures de recours non judiciaires ne sont pas couvertes par le projet Justitia 4.0, il faut partir du principe que, comme dans le cas des procédures administratives de la Confédération, le Conseil fédéral n'est lié à aucun délai pour déclarer que les dispositions de la PA sont applicables. Pour cette raison, il n'est pas non plus pertinent d'appliquer directement l'art. 37, al. 1, 3^e phrase, LPCJ aux procédures de recours internes à l'administration.

Toutefois, de manière analogue à l'art. 37, al. 1, LPCJ, le Conseil fédéral devrait prévoir un délai transitoire d'au moins un an pour que les personnes physiques puissent transmettre leurs écrits sur la plateforme au sens de l'art. 6a PA, dans la version de la LPCJ, étant donné qu'à terme il sera également obligatoire d'utiliser la plateforme pour les procédures de recours internes.

4 Démarche envisageable

Au vu de ce qui précède, on peut envisager de procéder de la sorte : le Conseil fédéral décide en 2026 que les dernières dispositions de la LPCJ entreront en vigueur le 1^{er} janvier 2027. Dans le même temps, il arrête, sous une forme appropriée, que la LPCJ s'applique aux procédures judiciaires de la Confédération à partir de cette date, mais pas encore aux procédures administratives ni aux procédures de recours internes à l'administration. À partir du 1^{er} janvier 2027, toutes les dispositions de la LPCJ seront en vigueur, y compris toutes les modifications d'autres actes figurant en annexe de la LPCJ. Par ailleurs, les délais minimaux et maximaux dont disposent les cantons et le Conseil fédéral pour instaurer un régime obligatoire au sens de l'art. 37, al. 1, LPCJ commenceront à courir. Dès lors, il sera possible, tant pour les procédures judiciaires cantonales que fédérales, de transmettre des actes via la plateforme au sens des art. 3 s. LPCJ dans les procédures qui prévoient ultérieurement une obligation d'utilisation pour certains groupes de personnes. À partir de cette date, les tribunaux cantonaux et les tribunaux fédéraux ne seront pas encore tenus de communiquer activement via une plateforme, ni de tenir leurs dossiers sous forme électronique.

En application de l'art. 37, al. 1, LPCJ, les cantons et le Conseil fédéral devront instaurer le régime obligatoire pour les procédures judiciaires cantonales et fédérales au plus tard après 5 ans, soit au plus tard le 1^{er} janvier 2032.